

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Migranten in deutschen Schulen strukturell benachteiligt



Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden an deutschen Schulen und Hochschulen strukturell diskriminiert. Dies geht aus einem vom Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen vorgestellten Bericht hervor. Der Verband fordert durchgreifende Strukturreformen und die Einbindung von Migrantengesellschaften in die aktuelle Bildungsdebatte. Mit der Initiative »AB In die Zukunft!« setzt sich das Forum für eine stärkere Bildungsbeteiligung von Migranten ein. Unser Bildungssystem fördere die soziale Segregation, reproduziere und zementiere soziale Ungleichheiten. Wer aus schwierigen sozialen Verhältnissen komme, sei an unseren Schulen und Hochschulen schwer benachteiligt, wer noch dazu einen Migrationshintergrund mitbringe, sei es doppelt, kritisiert Prof. Barbara John, Vorstandsmitglied des Paritätischen Gesamtverbandes. Nach dem Bericht des Paritätischen macht mittlerweile fast jeder dritte deutsche Schüler Abitur, von den ausländischen Schülern nur jeder zehnte. Am gravierendsten, so der Bericht weiter, ist das Missverhältnis bei denen, die ganz ohne Abschluss die Schule verlassen: Dies sind sechs Prozent der deutschen, aber 15 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler. Der Verband fordert neben einer schulischen Bildungsgarantie und dem Ausbau von Ganztagsangeboten, eine durchgängige Sprachförderung, die interkulturelle Öffnung der Schulen sowie eine weitreichende Vernetzung mit außerschulischen Partnern wie Migrantengesellschaften, Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit. Den Bericht »Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten: Fakten – Interpretationen – Schlussfolgerungen« und weitere Informationen zur Bildungsinitiative des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen stehen im Internet auf einer eigenen Website zur Verfügung (<http://www.abindiekunft.de>).

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

EU-Dienstleistungsrichtlinie bislang ohne Konsequenzen

Für die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland haben sich aus der Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union keine Änderungen ergeben. Das stellt Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in einem Schreiben an den Paritätischen Wohlfahrtsverband fest. Der Paritätische hatte als erster Wohlfahrtsverband bei der Bundesregierung nach den Ergebnissen des »Normenscreenings« gefragt, also der vorgeschriebenen Prüfung der deutschen Rechtsnormen auf ihre Kompatibilität mit der Dienstleistungsfreiheit. Bei der Vorbereitung zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht seien alle Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich des Bundesfamilienministeriums, insgesamt 33 Gesetze und Rechtsverordnungen, geprüft worden, so Hecken. Im Ergebnis sei bei keiner der Normen ein Änderungsbedarf festgestellt worden, auch gäbe es in keinem Fall eine Berichtspflicht gegenüber der Europäischen Kommission zu erfüllen.

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 030 24636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Brücken zwischen opfer- und täterorientierter Sozialarbeit

Der Berliner Landesverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes veranstaltet am 29. Oktober 2010 einen Fachtag des Arbeitskreises Straffälligen- und Opferhilfe. Bei dem Treffen sollen Impulse ausgetauscht werden aus der sozialpädagogischen Arbeit mit Opfern und aus der Arbeit mit Täterinnen und Tätern. Seit vielen Jahren arbeiten im Arbeitskreis Straffälligen- und Opferhilfe des Paritätischen Berlin, Einrichtungen beider Bereiche eng zusammen und beschäftigen sich mit aktuellen Fragestellungen sowie mit

der Entwicklung von Zukunftsperspektiven für beide Arbeitsfelder. Aus dieser Zusammenarbeit ist die Idee entstanden, einen Fachtag zu inhaltlichen Aspekten beider Fachbereiche durchzuführen, um wechselseitig von den Erfahrungen in der sozialpädagogischen Arbeit mit der je-



weiligen Zielgruppe (Opfer, TäterInnen) profitieren zu können. Themen der Tagung werden sein: die Sicht der jeweiligen Zielgruppe auf die Tat, auf die Situation, auf die eigene Person sowie die Frage, wie ein Perspektivwechsel gelingen und wie dieser der jeweils anderen Seite vermittelt werden kann. Häufig auftretende Aspekte im Erleben von Opfern und Tätern sowie Handlungsschritte der Sozialen Arbeit in den jeweiligen Arbeitsfeldern sollen zusammengetragen und hinsichtlich der Auswirkungen auf die Arbeit mit der eigenen Zielgruppe diskutiert werden. Es sollen also Verbindungen und Überschneidungen, aber auch Abgrenzungen in der opfer- und täterorientierten Sozialarbeit herausgearbeitet werden. Vertiefte Einblicke in die Arbeits- und Sichtweisen des jeweils anderen Fachbereiches sollen ermöglicht werden. Ein professionsübergreifender Austausch (Polizei, Gericht, Sozialarbeit u. a.) ist beabsichtigt, auch um Vorurteile abzubauen.

Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Geschäftsstelle der Bezirke, Kollwitzstraße 94–96, 10435 Berlin, Telefon 030 86001-122 (Ursula Groos), E-Mail, groos@paritaet-berlin.de, Internet <http://www.paritaet-berlin.de>

Nationale Strategie für gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen gefordert

Das Nationale Forum Corporate Social Responsibility (CSR) hat seinen Empfehlungsbericht zur Stärkung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unter-

nehmen an Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, übergeben. Darin empfiehlt das Forum der Bundesregierung, einen »Nationalen Aktionsplan CSR« zu erstellen und legt konkrete Vorschläge vor. Das Spektrum der Anregungen umfasst die Stärkung der Glaubwürdigkeit und Sichtbarkeit von CSR, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Einbeziehung von CSR in Bildung und Forschung und Beiträge zur Bewältigung des demografischen Wandels. Das CSR-Forum, dem 44 Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft angehören, berät das Bundesministerium für Arbeit und Soziales seit Anfang 2009 bei der Entwicklung einer Nationalen CSR-Strategie. Der 57-seitige Bericht kann kostenlos von der Website des Bundessozialministeriums heruntergeladen werden (<http://www.bmas.de/portal/46530/pro>

Stand: 2009

erty=pdf/2010_07_01_csr_bericht.pdf).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin, Telefon 03018 527-0, Fax 03018 527-1830, E-Mail info@bmas.bund.de, Internet <http://www.bmas.de>

Jeder vierte Jugendliche lebt in alternativer Familienform

Immer mehr Jugendliche in Deutschland wachsen in alternativen Familienformen auf. Im Gegensatz zu Ehepaaren mit Kindern werden hierunter Lebensgemeinschaften mit Kindern sowie alleinerziehende Mütter oder Väter mit ihren Kindern gezählt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lebten im Jahr 2008 rund 842.000 (25%) der insgesamt 3,4 Millionen Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren bei Alleinerziehenden oder Lebensgemeinschaften. Im Jahr 1996 waren es noch 600.000 oder 17% der damals 3,6 Millionen Jugendlichen gewesen.

Nach wie vor wachsen Jugendliche jedoch am häufigsten in traditionellen Familienformen auf: 2008 zogen Ehepaare immer noch 75% (2,6 Millionen) der Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren groß. Besonders deutlich wuchs die Zahl der Jugendlichen bei alleinerziehenden Müttern (+ 42%); vergleichsweise gering war der Zuwachs Jugendlicher, die bei alleinerziehenden Vätern lebten (+ 13%).

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail info@destatis.de, Internet <http://www.destatis.de>

Beteiligung in der Erziehungshilfe per Internet

Vier bundesweit tätige Fachverbände der Erziehungshilfe haben eine gemeinsame Website geschaffen und ins Internet gestellt. Dort können sowohl Kinder und Jugendliche als auch Fachkräfte der Jugendhilfe Informationen, praktische Tipps und Beispiele guter Praxis zum Thema »Beteili-

Ausschuss „GlücksSpirale bei der BAGFW“
Vorsitz: Herr Dr. Schneider, Der PARITÄTISCHE

Koordinierung und Verwaltung der Förderanträge und -mittel

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. (BAGFW)

Vorstand

Vorsitz: Freifrau Schenck zu Schweinsberg, DRK

Ausschuss „Europa“
Vorsitz: Herr Schade, DRK

Die Geschäftsstelle der BAGFW koordiniert die Vorhaben und die Beteiligung der Kommissionen

Finanzkommission
Vorsitz: Herr Dr. Schneider, Der PARITÄTISCHE

Sozialkommission I
Vorsitz: Herr Nowoczyń, DRK

Sozialkommission II
Vorsitz: Herr Prof. Dr. Cremer, DCV

Fachausschuss „Gemeinnützigkeit und Steuern“
Vorsitz: Herr Dr. Teske, DW der EKD

Fachausschuss „Altenhilfe“
Vorsitz: Frau Schmidt, DRK

Fachausschuss „Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung“
Vorsitz: Frau Vogt, DCV

Fachausschuss „Wohlfahrtsmarken“
Vorsitz: Herr Roth, DCV

Fachausschuss „Behindertenpolitik“
Vorsitz: Frau Werthmüller, DRK

Fachausschuss „Kinder, Jugend, Familie und Frauen“
Vorsitz: Frau Dr. Skutta, DRK

Fachausschuss „Statistik“
Vorsitz: Herr Roth, DCV

Fachausschuss „Gesundheitswesen“
Vorsitz: Frau Hurrelberg, DRK

Fachausschuss „Migration und Integration“
Vorsitz: Herr Knoche, DRK

Fachausschuss „Vergaberecht“
Vorsitz: Herr Hesse, Der PARITÄTISCHE

Ausschuss „Qualitätsmanagement“
Vorsitz: Herr Wittenius, AWO

Fachausschuss „Zivildienst und Bürgerschaftliches Engagement“
Vorsitz: Herr Bergmann, DCV

Arbeitsstab „Monitoring“
Vorsitz: Herr Schade, DRK

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. hat eine ausführliche Dokumentation ihrer Aktivitäten mit Befragten der Kommissionen und Fachausschüsse als Jahresbericht 2009 vorgestellt. Arbeitsschwerpunkte im letzten Jahr bildeten der politische Meinungsaustausch mit der Bundesregierung und den politischen Partnern, das europäische Sozialfondsprojekt »Rückenwind« zur Fort- und Weiterbildung von Mitarbeitenden aus den Spitzenverbänden, Fragen der Qualitätssicherung und die Pflegetransparenzvereinbarungen und der Kongress der Sozialwirtschaft. Der Jahresbericht ist auf der Website der Organisation abrufbar.

Internet <http://www.bagfw.de/jahresbericht-2009>

gung in der Erziehungshilfe« einstellen und abrufen. Gleichzeitig können Projekte präsentiert und mit anderen Webseiten verlinkt werden. Eine Redaktion sichtet und bereitet Praxismaterialien und Hinweise zu Fachtagungen zum Thema Beteiligung auf. An der Aktion beteiligt sind der Bundesverband für Erziehungshilfe e. V. (AFET), der Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e. V. (BVkE), der Evangelische Erziehungsverband e. V. (EREV) und die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V. (IGfH)

Internet <http://www.diebeteiligung.de>

Öffentlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten notwendig

Für Jugendliche, denen die für eine Ausbildung erforderlichen Voraussetzungen nicht durch die allgemeinbildende Schule vermittelt werden konnten, haben Bildungsmaßnahmen im Übergangssystem eine unverzichtbare Funktion. Das zeigt eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung, in welcher der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung untersucht wurden. Die Bedeutung von zusätzlichen Bildungsangeboten gilt danach insbesondere für die berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB) der Bundesagentur für Arbeit und das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Durch diese Maßnahmen werden diese Jugendlichen erst in die Lage versetzt, erfolgreich eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Allerdings zeigt die Studie auch, wenn Jugendliche die erforderlichen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung besitzen und eine solche auch anstreben, dann bedeutet ihre (unfreiwillige) Teilnahme an solchen Bildungsmaßnahmen einen Notlösung, denn eine Anrechnung der Übergangsmaßnahme auf eine nachfolgende Ausbildung erfolgt nur in Ausnahmefällen. Daher fordert der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung, Manfred Kremer, allen ausbildungs- und berufsreifen Jugendlichen unmittelbar nach Schulende eine vollqualifizierende Ausbildung zu ermöglichen. Solange keine ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, plädiert Kremer für die Einrichtung öffentlich finanziert außerbetrieblicher Ausbildungsmöglichkeiten.

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Robert-Schuman-Platz 3, 53175 Bonn, Telefon 0228 107-0, E-Mail zentrale@bibb.de, Internet <http://www.bibb.de>

Berufsverband legt »Branchenbuch« zur Ausbildung vor



Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. hat sein Ausbildungsstättenverzeichnis grundlegend überarbeitet und als »Branchenbuch grundständige Studiengänge Soziale Arbeit« neu herausgegeben. Weit über 12.000 junge Menschen, so der Verband zur Begründung, beginnen jährlich ein Studium im Bereich der Sozialen Arbeit. Doch angesichts der Vielzahl der Studiengänge falle die Orientierung schwer. Denn in den letzten Jahren seien neue Hochschulen entstanden und an den Universitäten hätten sich mit Einführung der Bachelor-Struktur neue Studiensegmente ergeben, während Studiengänge zur Sozialpädagogik eingestellt wurden. Das 38-seitige »Branchenbuch« kann kostenlos als PDF-Datei von der Website der Organisation heruntergeladen werden (<http://www.dbsh.de/branchenbuch-soziale-arbeit-ba.pdf>).

Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V., Rungestraße 22-24, 10179 Berlin, Telefon 030 40054012, E-Mail info@dbsh.de, Internet <http://www.dbsh.de>

Nachhilfe als boomender Markt

Rund 1,1 Millionen Schüler nehmen regelmäßig bezahlten Nachhilfeunterricht in Anspruch. Insgesamt geben Eltern jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro dafür aus. Das geht aus einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung hervor. Nachhilfe ist der Studie zufolge in unserem Bildungssystem längst keine Ausnahme mehr, um kurzfristig schulische Schwächen auszugleichen. Sie hat sich vielmehr zu einem etablierten, privat finanzierten Unterstützungssystem neben dem öffentlichen Schulsystem entwickelt. Da sich aber vor allem Kinder aus wohlhabenden und höher gebildeten Familien diese Möglichkeit der außerschulischen Förderung leisten können, nimmt dadurch die Chancengerechtigkeit unseres Bildungssystems tendenziell zu. Ziel eines chancengerechten und qualitativ guten Schulsystems müsse es sein, Nachhilfe weitestgehend überflüssig zu machen. Dass das möglich ist, zeigen internationale Beispiele wie Finnland, Kanada oder die Niederlande. Dort kommen Schüler

weitgehend ohne Nachhilfe aus. Gute Konzepte zur individuellen Förderung der Kinder und Jugendlichen in den Schulen bilden hierfür die Grundlage.

Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh, Telefon 05241 81-0, E-Mail info@bertelsmann-stiftung.de, Internet <http://www.stiftung.bertelsmann.de>

Call for Papers: Wirkungsorientierung und Wertschöpfung

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft (INAS e. V.) sucht Beiträge für ihren internationalen Fachkongress am 24. bis 25. Februar 2011 in Linz in Österreich. Gefragt sind Beiträge zu folgenden Schwerpunkten:

- Makroebene: Wirkungsorientierte Steuerung von Leistungssystemen und Leistungsstrukturen: Für alle Auftraggeber von sozialen Dienstleistungen gilt es in Zukunft, die stagnierenden oder schrumpfenden Budgetmittel möglichst effektiv zu verteilen und eine möglichst hohe Wirkung zu erzielen. Welchen Beitrag können Forschung und Entwicklung leisten?
- Mesoebene: Wertschöpfung durch Dienstleistungsinnovation: Die Anbieter sozialer Dienstleistungen sind gehalten, ihre Dienstleistungen entsprechend den Rahmenbedingungen entlang sich wandelnder Kundenbedürfnisse weiter zu entwickeln. Ziel muss dabei eine Erhöhung der Wertschöpfung sein. Welche Konzepte von Wertschöpfung haben Forschung und Entwicklung hier anzubieten? An welchen Beispielen der Entwicklung innovativer Dienstleistungen lassen sich Wertschöpfungssteigerungen aufzeigen?

Auswahlkriterien für die eingereichten Beiträge sind insbesondere die klare Darstellung von Zielsetzung, Methodik, Ergebnissen und deren Übertragbarkeit auf andere Organisationen. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft versteht sich als wissenschaftliche Gesellschaft und internationale Vertretung der Lehrenden und Forschenden im Bereich des Sozialmanagements und der Sozialwirtschaft an Hochschulen und Forschungsinstituten. Sie verfolgt einen interdisziplinären Ansatz und vereint Lehrende und Forschende von Hochschulen auf internationaler Ebene. Sie dient den Lehrenden und Forschenden als Plattform für den Austausch über aktuelle Themen, Entwicklungsperspek-

Termine

Systemische Beratungsmethoden in der Praxis. Welche Fragen helfen. 9. und 10. November 2010 in München. Kosten 240,- Euro. Institut für Beratung und Projektentwicklung (IBPro), Lindwurmstraße 129e, 80333 München, Telefon 089 475061, Fax 089 4705920, E-Mail info@ibpro.de, Internet <http://www.ibpro.de>

Forum Sozialplanung. 10. und 11. November 2010 in Steinbach (Taunus). Veranstaltungskosten 150,- Euro, Tagungsstättenkosten 186,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17–18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

»Schmiede das Eisen, wenn es kalt ist.« Wege aus der Eskalationsfalle in der Jugendhilfe. 10. bis 12. November 2010 in Remagen-Rolandseck. Teilnahmebeitrag mit Unterkunft 340,- Euro. AWO-Bundeskademie, Blücherstraße 62-63, 10961 Berlin, Telefon 030 26309-0, Fax 030 26309-211, E-Mail akademie@awobu.awo.org, Internet <http://www.akademie.awo.org>

Gut vorbereitet in die MDK-Begehung. Von der Versetzungsgefährdung zur 1 mit Sternchen?! 23. und 24. November 2011 in Stuttgart. Lehrgangsgebühren 195,- Euro. Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, Postfach 10 53 41, 70046 Stuttgart, Telefon 0711 61926-0, Fax 0711 61926199, E-Mail info@wohlfahrtswerk.de, Internet <http://www.wohlfahrtswerk.de>

»Nörgler«, »Besserwisser«, »Querulanten« und andere Kooperationspartner ... – oder: Der Umgang mit Abwehr, Widerstand und anderen schwierigen Situationen im Eltern- und Familiengespräch. 24. bis 26. November 2010 in Hannover. Teilnahmebeitrag: 299,- Euro mit Unterbringung und Verpflegung. Evangelischer Erziehungsverband (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Telefon 0511 390881-13, Fax 0511 39088116, E-Mail info@erev.de, Internet <http://www.erev.de>

ASD-Bundeskongress: Anspruch und Alltag verbinden - der Super-ASD. 24. bis 26. November 2010 in Hamburg. Teilnahmekosten 120,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17–18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980-0, Fax 030 62980150, E-Mail info@deutscher-verein.de, Internet <http://www.deutscher-verein.de>

Das Ganze und seine Teile: Generalisierung und Spezialisierung Sozialer Arbeit im internationalen Maßstab. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. 26. und 27. November 2010 in Freiburg im Breisgau. Tagungsgebühr 120,- Euro. Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V., Postfach 11 29, 74370 Sersheim, Telefon 07042 3948, Fax 07042 815540, E-Mail info@dgsa.de, Internet <http://www.dgsainfo.de>

Konzepte der Schulsozialarbeit professionell umsetzen. 30. November und 1. Dezember 2010 in Weil der Stadt (bei Stuttgart). Kosten mit Übernachtung 185,50 Euro (ohne Übernachtung 139,- Euro). Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Postfach 10 60 22, 70049 Stuttgart, Telefon 0711 6375-0, Fax 0711 6375-449, E-Mail info@kvjs.de, Internet <http://www.kvjs.de>

Phänomen Trauma als Herausforderung für die Sozialarbeit. Ein Seminar für Praktikerinnen und Praktiker aus der Sozialen Arbeit. 30. November bis 3. Dezember 2010 in Freiburg im Breisgau. Teilnahmegebühr 340,- Euro; zuzüglich Unterkunft und Verpflegung. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 4 20, 79004 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-538, Fax 0761 200-199, E-Mail akademie@caritas.de, Internet <http://www.fak.caritas.de>

Ein Team leiten. Basiswissen für eine erfolgreiche Teamleitung. 1. bis 3. Dezember 2010 in Augsburg. Teilnahmebeitrag 375,- Euro. Paritätische Akademie, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Telefon 030 280495-0, Fax 030 28049529, E-Mail info@akademie.de, Internet <http://www.akademie.org>

Schreiben im Beruf. Texte, Briefe, E-Mails modern gestalten. 6. und 7. Dezember 2010 in Köln. Teilnahmegebühr 475,- Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Bank für Sozialwirtschaft AG, Wörthstraße 15–17, 50668 Köln, Telefon 0221 97356-160, Fax 0221 97356164, E-Mail BFS-SERVICE@sozialbank.de, Internet <http://www.sozialbank.de>

spektiven und curriculare Fragen des Managements und der Sozialwirtschaft. Ansprechpartner in Deutschland sind Prof. Dr. Klaus Schellberg von der Evangelische Fachhochschule Nürnberg und Prof. Dr. Armin Wöhrle von der Hochschule Mittweida.

E-Mail schellberg@online.de
E-Mail woehrle@htwm.de

Bundesjugendkuratorium beklagt Kinderarmut

Studien belegen, dass die Armutsbelasttheit von Kindern vergleichsweise hoch ist. Dieser Befund ist Anlass einer aktuellen Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums. Das Gremium empfiehlt, der Armutsbekämpfung oberste Priorität zuzuweisen und eine kohärente Strategie zu entwickeln. Es reiche nicht, die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt voranzutreiben, wie es aktivierende Politikansätze nahe legen. Denn die Ausweitung von Niedriglohnbeschäftigungserhöhungen führt dazu, dass Arbeitsmarktintegration allein nicht genügt, um die wirtschaftliche Situation von Familien zu verbessern. Ohne Ausweitung von Beschäftigungsverhältnissen mit Existenz sichernden Löhnen wird sich die Kinderarmut nicht verringern. Das Bundesjugendkuratorium fordert statt des Ehegattensplittings eine Individualbesteuerung, die gleiche steuerliche Arbeitsanreize für beide Ehegatten setzt. Das System der materiellen Transfers (z. B. Kinderzuschlag) muss weiterentwickelt werden zu einer vom Erwerbsstatus der Eltern stärker entkoppelten und zugleich am Bedarf der Kinder orientierten Kindergrundsicherung. Auch müssen die in einigen Kommunen und Ländern entwickelten Infrastruktur- und Bildungsangebote zur Förderung benachteiligter Kinder und Familien noch besser koordiniert und flächendeckend ausgebaut werden. Die Stellungnahme steht auf der Website des Bundesjugendkuratoriums zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. Internet <http://www.bundesjugendkuratorium.de>

Produktbeschreibung für eine Erstberatung zum Persönlichen Budget vorgelegt

Die vom Landschaftsverband Rheinland geförderten Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen bieten nun eine Erstberatung zum Persönlichen Budget

an. Im Jahr 2004 hat der Landschaftsverband als überörtlicher Sozialhilfeträger im Rheinland diese flächendeckende Beratungsstruktur installiert. Die Beratungsstellen werden von Trägerverbünden in den Regionen getragen; der Landschaftsverband Rheinland finanziert den größten Teil der Personal- und Sachkosten. Aufgabe der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) ist vor allem die Beratung über Wohnhilfen mit dem Fokus, die Vielfalt möglicher Wohnformen darzustellen und im Hinblick auf individuelle und passgenaue Hilfen zu beraten. Um das Persönliche Budget als Leistungsform noch bekannter zu machen, wurden die Beratungsstellen beauftragt, eine qualifizierte Erstberatung anzubieten und durchzuführen. Um Rahmenbedingungen für eine solche Erstberatung zu erarbeiten, wurden Workshops durchgeführt mit den Mitarbeitenden sowie den Fallmanagerinnen und Fallmanagern des Landschaftsverbandes Rheinland. Neben Informationen zum Persönlichen Budget wurden vor allem Handlungsleitlinien für eine qualifizierte Erstberatung erarbeitet. Das Ergebnis der Workshops wurde zusammengefasst; die Materialien können kostenlos als PDF-Dokumente von der Website des Kompetenzzentrums Persönliches Budget heruntergeladen werden.

Internet <http://www.budget.paritaet.org>

Memorandum zur Anwendung von Antipsychotika

Im September letzten Jahres führte die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie in Berlin die Tagung »Richtig eingestellt? Gratwanderung Neuroleptika!« durch. Unter der Beteiligung namhafter Referenten aus dem In- und Ausland wurde das Thema ausführlich dargestellt und diskutiert. Deutlich wurde, dass die bisher übliche Praxis der Neuroleptikabehandlung nicht sein muss. Neue und unabhängige Untersuchungen stellen dar, dass die Behandlung mit weniger hohen Medikamentendosen, weniger Medikamentenmix, mehr psychotherapeutischen und sozialtherapeutischen Maßnahmen durchgeführt werden kann. In einem Memorandum zur Anwendung von Antipsychotika werden zehn Forderungen zu einer veränderten Praxis beschrieben. Das Memorandum steht im Internet kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.

Internet www.psychiatrie.de/dgsp/article/Memorandum_der_DGSP.html

Kennzahlen

Das Teuflische an den Zahlen ist, dass sie so einfach sind.

Hans Magnus Enzensberger,
deutscher Schriftsteller (geb. 1929)

12.164

Zahl der von deutschen Gerichten im Jahre 2009 angeordneten vollständigen oder teilweisen Sorgerechtsentzüge (§ 1666 BGB)

11

Zahl der Menschen, die im Jahre 2009 in Deutschland durchschnittlich jeden Tag durch einen Verkehrsunfall ums Leben kamen

66

Anteil in Prozent der Bachelor-Studierenden, die in Deutschland neben ihrem Vollzeitstudium arbeiten müssen (Quelle: Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 2010)

74.000

Zahl der Menschen in Deutschland, die nach Schätzung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung jährlich an den Folgen ihres Alkoholkonsums sterben

47,4

Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen von Empfängern von Grundsicherung nach SGB II (»Hartz IV«)

702

Zahl der von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indizierten Angebote im Jahre 2009

126.156

Zahl der Menschen in Deutschland, die der sogenannten »Residenzpflicht« für Asylsuchende und Geduldete gemäß § 56 des Asylverfahrensgesetzes unterliegen (Stand: 31. Mai 2010)